

**BACH**

**Demling.** Pfarrei: Heute, Donnerstag, 17.30 Uhr, Rosenkranz, 18 Uhr, Messe.

**DONAUSTAUF**

**Donaustauf.** Wertstoffhof: Heute, Donnerstag, 15 bis 18 Uhr, geöffnet.

**TEGERNHEIM**

**Tegernheim.** FFW: Heute, Donnerstag, 17.30 Uhr, Jugendabend Gerätehaus.

**Tegernheim.** Jugendtreff: Heute, Donnerstag, 16 bis 18 Uhr, geöffnet.

**Tegernheim.** Pfarrei: Heute, Donnerstag, 18.30 Uhr, Messe 19 Uhr, Eucharistische Anbetung bis 20 Uhr.

**Weihnachtsstimmung vor dem Rathaus**

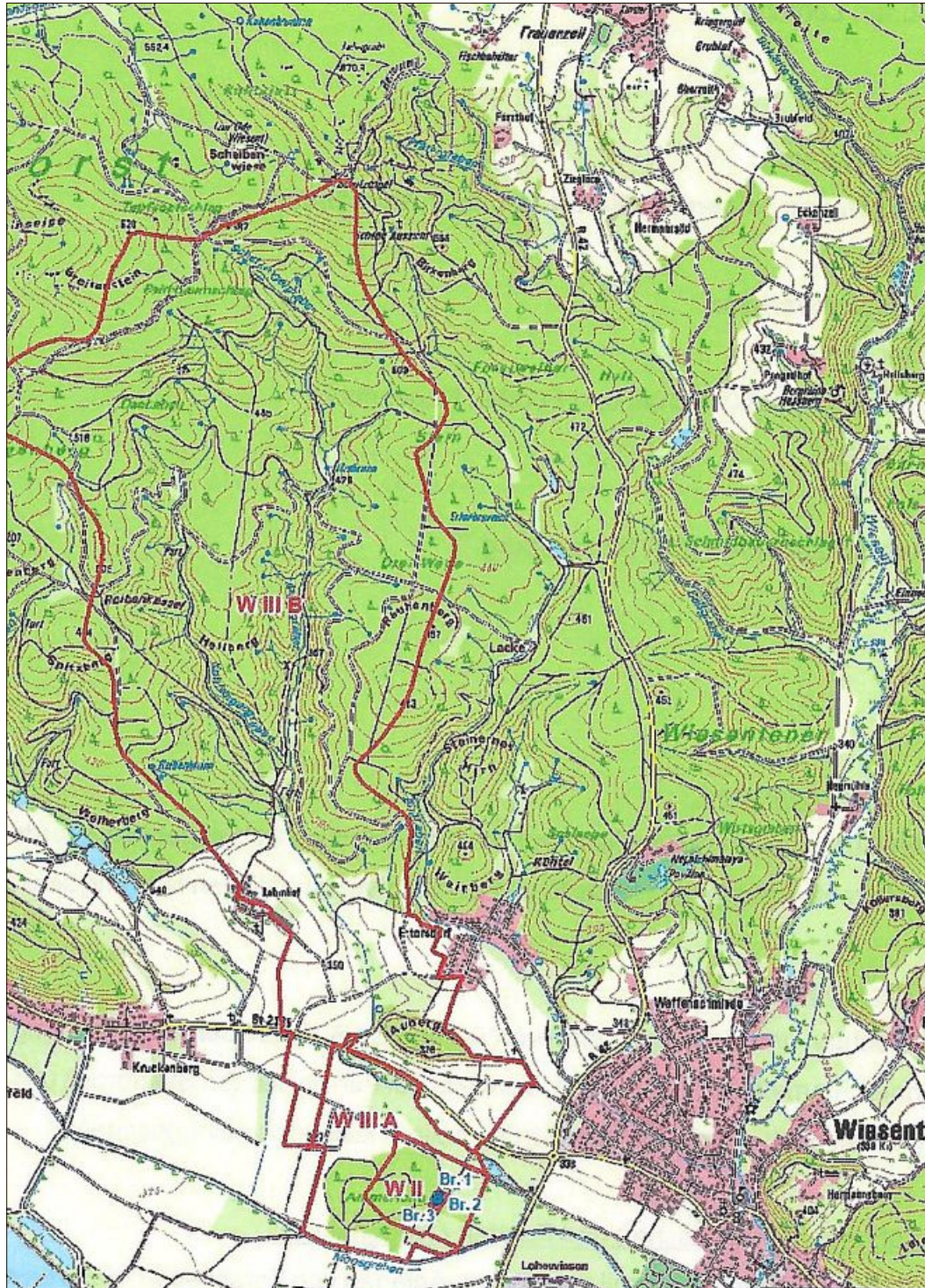
**Pfatter.** (bin) Rote Kugeln glitzern heuer neu am Pfatterer Tannenbaum und sorgen vor dem Rathaus für vorweihnachtliche Stimmung. Etwas schmucklos stand die letzten Jahre der Christbaum auf seinem Platz vor dem Pfatterer Rathaus. Nicht nur Bürgermeister Hans Biederer hatte das im Vorjahr beim Blick aus seinem Bürofenster festgestellt. „Zwar leuchteten Kerzen am Baum, aber sonst war er ziemlich schlicht“, meint Biederer dazu. Anregungen kamen auch von einigen Bürgern.

Deshalb hat die Tanne heuer zum ersten Mal ein festlich glitzerndes Kleid aus roten Kugeln bekommen. Am Dienstagmorgen wurde durch die Mitarbeiter des Bauhofes der Baum aufgestellt, am Nachmittag brachten sie die Lichterketten an. Das Schmücken mit den großen neuen Kugeln besorgte Biederer dann selbst, unterstützt wurde er von der Verwaltungsangestellten Edeltraud Rauscher. „Zu Hause darf ich das nicht machen, denn da haben unsere Kinder das Vorrecht. Das Ergebnis kann sich sehen lassen. Wenn heuer schon alle Adventsfeiern und Christkindmärkte ausfallen und gedrückte Stimmung herrsche wegen der Pandemie, solle wenigstens ein wenig weihnachtliche Stimmung in die Gemeinde kommen, so der Rathaus-Chef. „Leider startet die Adventszeit dieses Jahr wieder unter ganz anderen Vorzeichen, als wir es gewohnt sind. Dennoch sollen der geschmückte Tannenbaum und die im letzten Jahr neu erworbene Straßenüberspannung den Menschen Freude bereiten.“

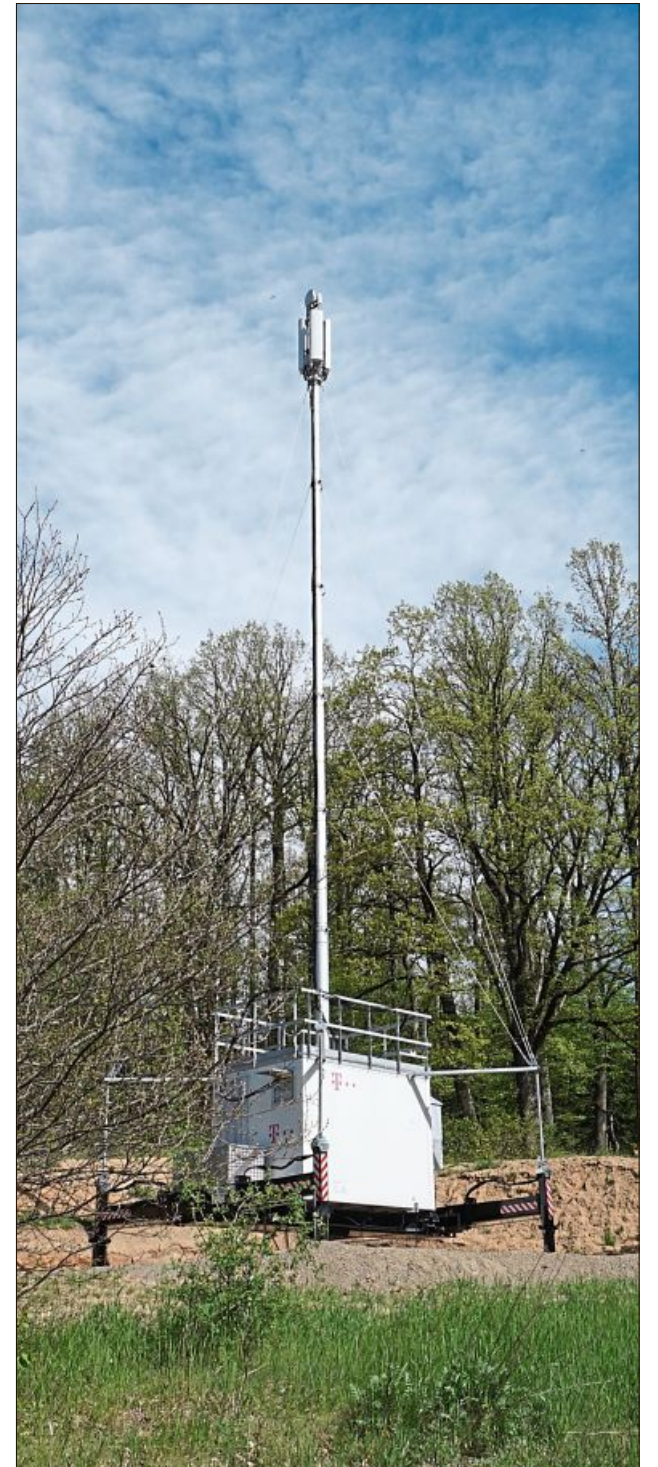
Ich wünsche allen Bürgern sowie unseren Besuchern und Freunden eine frohe und besinnliche Advents- und Weihnachtszeit. Bleibt gesund“, so der Bürgermeister.



Bürgermeister Biederer und die Verwaltungsangestellte Rauscher hängen die roten Kugeln an den Rathaus-Christbaum. Foto: Isabella Binder



Zu der Neufestsetzung des Wasserschutzgebietes für die Brunnen I-III Ammerlohe, insbesondere des Bereiches 3B, gingen mehrere Einwendungen ein. Diese müssten nun ausreichend behandelt werden. Grafik: Gemeinde Wiesent



Der Standort des Provisoriums ist laut der deutschen Telekom für einen festen Standort nicht geeignet. Foto: Sandra Meilinger

# Neuer Standort für Mobilfunkmast

Gemeinderat besprach Einwendungen über die Neufestsetzung des Wasserschutzgebietes

**Wiesent.** (ms) Bei der Gemeinderatssitzung am Dienstagabend im Pfarrsaal berichtete Dr. Klaus Dieter Raum vom Sachverständigenbüro für Grundwasser Anders & Raum vom aktuellen Stand in Sachen Neufestsetzung eines Wasserschutzgebietes für die Brunnen I-III Ammerlohe.

Bürgermeisterin Elisabeth Kersch betonte, dass die Ausweitung der Schutzzone um den Bereich 3B, der sich in den Forstmühler Forst ziehe, zwar ein schwieriges Verfahren nach sich ziehe, aber wichtig sei, um einen optimalen Schutz des Trinkwassers aus der gemeindeeigenen Wasserversorgung zu gewährleisten. Raum erinnerte daran, dass das Landratsamt Regensburg eine Überprüfung aller Wasserschutzgebietsumgriffe und der Schutzgebietsverordnung fordere.

**Das WWA stufte das Gutachten als brauchbar ein**

Den Anstoß dazu gaben Verkehrsvorfälle in Oberbayern. „Das Wasserschutzgebiet Ammerlohe wurde im Juni 1996 festgesetzt, ein ursprünglicher aktualisierter Schutzgebietsvorschlag wurde im Dezember 2018 eingereicht“, erörterte der Hydrogeologe. Aufgrund des veränderten Umgangs der Wasserwirtschaftsverwaltung mit der Schutzzone 3B wurde nach Abstimmung und Prüfung durch das Wasserwirtschaftsamt Regensburg (WWA) im September 2019 eine abgeänderte Form eingereicht, worin die Hofstelle Lehmhof zweigeteilt sei. Das WWA habe das Gutachten als brauchbar eingestuft, sodass es den Betroffenen zur Verfügung gestellt wurde, um Einwendungen abgeben zu können.

Der bayerische Bauernverband halte das Wasserschutzgebiet (WSG) für rechtswidrig und listete auf, wo die zukünftige Schutzgebietsverordnung eine Weiterentwicklung der Hofstelle und der landwirtschaftlichen Nutzung hindere. Die Regierung der Oberpfalz sieht mit den Gutachten und der Schutzgebietsvergrößerung die Aufgabe der Aktualisierung als erfüllt an, verweist aber auf den geplanten Steinbruch. Dort soll die Vereinbarkeit erneut befragt werden. Das Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten bezieht sich auf das Anlegen von Forstwegen und den neuen Musterkatalog.

**Einige Stellungnahmen wurden abgegeben**

Das Amt sehe eine Einbeziehung von Teilen des Lehmhofes als nicht nachvollziehbar an. Vonseiten des staatlichen Bauamts und der Stadt Wörth wurden keine Bedenken abgegeben, die untere Naturschutzbehörde bewertete das Vorhaben als positiv. Die umfangreichsten Stellungnahmen wurden von Thurn und Taxis mit 46 Seiten, vom Bauunternehmen Fahrner mit 24 Seiten und von der Familie Gröbner, Lehmhof, mit 84 Seiten übergeben.

Die drei Betroffenen ließen sich dabei von Rechtsanwaltskanzleien vertreten. Raum gab einen Überblick über die Einwendungen von Thurn und Taxis, wobei er die meisten Punkte in Frage stellte. Ein Vorwurf war eine fehlende Alternativprüfung, wozu Raum sagte: „Ein möglicher Anschluss an andere Wasserversorger, wie etwa Wörth oder den Zweckverband Regensburg Süd, ist wegen verschiedener Gründe nicht möglich.“ Bemängelt

wurde vom beauftragten Rechtsanwaltsbüro, dass die Auswirkungen der Staatsstraße 2125 nicht berücksichtigt wurden.

Dort könne entgegengesetzt werden, dass der Ausbau gemäß den Vorgaben des WSG erfolgt sei. Aufgefasst wurden unter anderem das Rodungsverbot, fehlende Abflussmessungen und eine Forderung nach Quantifizierung des unter- und oberirdischen Anteils des Zuflusses aus dem nördlichen angrenzenden Kistallingsgebiets. Den Einwand der Nichtbeachtung von Regelwerken und Merkblättern wies Raum mit der Begründung zurück, dass es sich bei Ammerlohe um eine komplexe Situation der Zulaufsituation handle und somit die Merkblätter nicht angewandt werden könnten.

**Alle Einwendungen werden nun behandelt**

Raum und seine Kollegen werden nun alle Einwendungen behandeln. Mit dem WWA wurden bereits Abstimmungsgespräche hinsichtlich des Umfangs der nachzureichenden Informationen gehalten. Nun stehe die Fertigstellung der Stellungnahme zu den Einwendungen in Zusammenarbeit mit den WWA und dem Landratsamt an. „Wir hoffen, dass bei einem Erörterungstermin am Landratsamt eine gute Lösung für alle gefunden werden kann“, sagte Kersch.

Im Vorfeld des öffentlichen Teils der Sitzung wurde eine nichtöffentliche Online-Konferenz der Gemeinderäte mit den Vertretern der Deutschen Telekom bezüglich des endgültigen Standortes eines Mobilfunkmasts abgehalten. Kersch verwies auf einen langjährigen be-

stehenden Grundsatzbeschluss, am Hermannsberg alle Funkanlagen der Anbieter zu sammeln.

Die Vorsitzende erläuterte, dass die Gemeinde eine eigene Mobilfunkmessung beauftragt und die Ergebnisse erhalten habe, dabei wurde der Hermannsberg als geeignet befunden. Die Telekom vertritt zu diesem Standort eine andere Meinung, laut ihren Aussagen kann es aufgrund von Überlappungen von Mobilfunkbereichen zu Störungen kommen.

**Westlich der Kreisstraße ist Telekom am liebsten**

Der Telekommunikationsanbieter favorisiere den Standort westlich der Kreisstraße in Richtung Etersdorf, wobei ein 40 Meter hoher Sendemast ein optimales Ergebnis erzielen würde, schilderte Kersch. Die Fläche an der alten Frauenzeller Straße, an der momentan das Provisorium beheimatet ist, sei wegen der unzureichenden Netzabdeckung für eine dauerhafte Lösung nicht geeignet.

Alfred Stadler sagte, die Gemeinde soll die anderen Anbieter befragen, ob sie den von der Telekom gewünschten Standort mitbenutzen wollen. Es sollte sichergestellt sein, dass Folgeanträge auf weitere Masten eingehen, die dann verstreut in der Landschaft stünden. Bevor eine endgültige Entscheidung getroffen werde, müssten Koordinationsgespräche mit weiteren Anbietern stattfinden, verlangte Stadler. Diese Vorgehensweise wurde als gut befunden. Die Gemeinde werde nun Kontakt zu den in Betracht kommenden Telekommunikationsunternehmen aufnehmen und dann erst einen Beschluss fassen.